



manchmal eine Handvoll Leute über grosse Beträge. Demokratisch gedacht sei dies bedenklich. Es brauche Leute, welche die Geschäfte vertieft beurteilen würden. Die Kostenfrage sei nicht irrelevant, aber es sei unehrlich zu sagen, dass die Parlamentsarbeit auch von den Stimmbürgern geleistet werden könnte. Die Grüne Fraktion lehne auch den Gegenvorschlag ab.

Detailberatung

Peter Fehrlin nennt Gründe, die für die Beibehaltung des Parlaments sprächen:

- In Wetzikon, das 10'000 Stimmberechtigte zähle, würden durchschnittlich 200 Personen, also rund 2 %, an der Gemeindeversammlung teilnehmen.
- Wohl würden wichtige Geschäfte auch bei einer Organisation mit Gemeindeversammlung von einer Kommission geprüft, aber nicht mehr in der heutigen Tiefe. Er höre aus dem Volk oft auch Dankbarkeit über das Parlament, weil die Komplexität der Geschäfte viele Leute überfordere und die Bevölkerung dank des Parlaments sicher sei, dass die Geschäfte kritisch geprüft würden.
- Bei Urnengeschäften könne man nur Ja oder Nein sagen, Korrekturen an den Vorlagen, wie sie das Parlament vornehmen könne, seien nicht möglich.
- Je nach Geschäft erschienen bei der Gemeindeversammlung nur die Direktinteressierten, wie Feuerwehr, Schule, Turnverein usw. Ob das demokratisch sei, stelle er in Frage.
- Das Parlament repräsentiere den Querschnitt der Bevölkerung.
- Die Vielfalt der parlamentarischen Vorstösse würde wegfallen.
- Sechs der neun heutigen Stadträte hätten Gemeinderatserfahrung. Diese erleichtere den Einstieg in ein Exekutivamt.
- Mit dem Parlament bestehe eine klare Gewaltenteilung.

Fritz Halter erwähnt, dass noch diesen Monat kaum 2 ‰ der Stimmberechtigten über das Oberstufenschulbudget von 15 Mio. Franken beschliessen würden. Das könne es doch nicht sein.

Mitinitiant **Claudio Schmid** verteidigt den Kostenaspekt: Vor 30 Jahren habe das Parlament etwas zu entscheiden gehabt, heute seien 80 % Vollzug von übergeordnetem Recht. Die Mär des Sportplatzes, der Dreifachturnhalle und grossen Strassenprojekte existiere nicht mehr. Es gebe nur noch wenige Bereiche, wie Kultur oder Kulturförderung, welche die Gemeinde beeinflussen könne. Gemeinden ohne Parlament seien 150 Franken pro Bürger günstiger. Ziel sei die Wettbewerbsfähigkeit. Wettbewerbsfähig sei das Parlament nicht, es würde nur hin und her politisiert. Probleme würden aber keine gelöst. Nur mit dem Sparen der Gemeinderatssitzungsgelder sei es nicht getan, es sei das Potential für mehr vorhanden. Regensdorf habe 2'000 Einwohner mehr, aber rund 30 Angestellte weniger.